

Immer mehr Deutsche wandern aus Statistiker erwarten neuen Rekord – Hochqualifizierte Jüngere gehen

Wiesbaden – Deutschland wird immer mehr zum Auswanderungsland: 161 000 Deutsche kehrten ihrer Heimat 2007 den Rücken – so viel wie seit 1954 nicht mehr. Noch 2003 waren lediglich 127 000 Bürger mit deutschem Pass fortgezogen. In den ersten beiden Monaten 2008 hat sich der Trend nach Angaben des Statistischen Bundesamts in Wiesbaden nochmals verschärft: 26 362 Deutsche zogen im Januar und Februar ins Ausland, fast zehn Prozent mehr als im Vorjahr. Die Zahl der deutschen Auswanderer war zuletzt eineinhalb Mal so

hoch wie die der Rückkehrer (2007: 106 000). Beliebteste Ziele sind die Schweiz und die USA, die zuletzt rund 14 000 Deutsche pro Jahr anlockten. Über die Hälfte der Auswanderer (58 Prozent) zog es ins europäische Ausland, 15 Prozent nach Amerika und 7 Prozent nach Asien. Überdurchschnittlich hoch ist der Anteil der Fach- und Führungskräfte, die ihr Land verlassen. In einer Umfrage im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums nannten 68 Prozent von ihnen „bessere Berufs- und Einkommensperspektiven im Zielland“ als

Motiv. 39 Prozent gaben die höhere Lebensqualität und 38 Prozent die hohe Abgabenlast in Deutschland als Gründe für ihren Fortzug an. Der typische Auswanderer ist laut dieser Umfrage männlich, jung und gebildet. Immer noch wandern per Saldo etwas mehr Ausländer zu als Deutsche aus: Im Jahr 2007 kamen 575 000 Ausländer nach Deutschland, 476 000 zogen aus der Bundesrepublik fort. Unterm Strich ergab dies eine Zuwanderung von 99 000 Ausländern, während per Saldo 55 000 Deutsche abwanderten. geo/mj



Gute Chancen in der Neuen Welt: Die Vereinigten Staaten und die Freiheitsstatue in New York locken nach wie vor zahlreiche Deutsche Auswanderer an. FOTO: DDP

AKTUELLES IN KÜRZE

GROSSBRITANNIEN Truppenbesuch

Der britische Premierminister Gordon Brown ist zu einem Truppenbesuch in Afghanistan eingetroffen: „Britische Soldaten stehen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus an vorderster Front.“ Brown wies Befürchtungen zurück, wonach die radikal-islamischen Taliban einen Sieg erringen könnten.

SUDAN Zwölf Todesurteile

Die sudanesischen Justiz hat wegen des Vormarschs von Darfur-Rebellen auf die Hauptstadt Khartoum zwölf Todesurteile gegen weitere Personen verhängt. Bei den Gefechten in Khartoum wurden im Mai 200 Menschen getötet.

PAKISTAN Selbstmordanschläge

Bei Selbstmordanschlägen vor einer Waffenfabrik nordwestlich der pakistanischen Hauptstadt Islamabad sind mindestens 64 Menschen getötet worden. Mehr als 100 weitere seien verletzt worden, sagte ein Polizeisprecher. Zum Zeitpunkt der Explosionen hätten sich dort wegen eines Schichtwechsels viele Arbeiter aufgehalten.

Das Datum
22. August 1971: Nach tagelangen Kämpfen stürzten rechte Kräfte das linksgerichtete Militärregime Bolivians. Neuer Präsident wird Hugo Banzer Suarez.
22. August 1986: Beim Austritt von giftigen vulkanischen Gasen aus dem Nyos-Kratersee in Kamerun kamen mehr als 1700 Menschen ums Leben.

TÜRKEI Bombenanschlag

Bei einem Autobombenanschlag im Westen der Türkei sind mindestens 13 Menschen verletzt worden. Der vermutlich ferngezündete Sprengsatz detonierte in der Provinz Izmir in der Nähe eines Busses, der mit Polizeibeamten besetzt war.

BERLIN „Colonia“ für Merkel

Bundeskanzlerin Merkel wurde in Berlin mit der „Colonia“, dem Frauenpreis der Frauenunion Köln, ausgezeichnet. Merkel ist die erste Frau, die mit dem Preis – der für Mäßigung, Courage und Wahrhaftigkeit stehen soll – ausgezeichnet wurde.



Der Schein trügt: Kanzlerin Angela Merkel freute sich über die „Colonia“. FOTO: DPA

ITALIEN 400 Bootsflüchtlinge

In einer erneuten Flüchtlingswelle sind innerhalb weniger Stunden mehr als 400 illegale Einwanderer in Süditalien angekommen. Die nordafrikanischen Immigranten, darunter zahlreiche Frauen und Kinder, wurden in ein Aufnahmelaager gebracht.

USA



US-Generalkonsul Eric Nelson: „Sehr besorgt.“ FOTO: MARCUS SCHLAF

„Brauchen Russland als Partner, nicht Gegner“

München – Zwei massive Konflikte mit russischer Beteiligung halten die Welt in Atem – der Krieg in Georgien, der Raketen-Streit in Polen. Wir sprachen mit Eric Nelson, Generalkonsul der USA in München, über die Lage.

■ **Ärger im Kaukasus, Streit um die Raketenabwehr – kehrt der Kalte Krieg zurück?**

Wir sind sehr besorgt. Wir brauchen Russland als Partner, nicht als Gegner. Wir wollen aber einen verlässlichen Partner. Die russische Militäration in Georgien, dort einzumarschieren und die Infrastruktur zu zerstören, war völlig unangemessen – noch dazu während der Olympischen Spiele.

■ **Und jetzt?**

Es gibt keine militärische Lösung für den alten Konflikt um Südossetien und Abchasien. Das muss multilateral und friedlich gelöst werden. Wir appellieren dringend an Russland, sich an das vor einer Woche vereinbarte Waffenstillstandsabkommen zu halten, sich hinter die vereinbarten Linien zurückzuziehen und Georgiens Grenzen zu respektieren. Im Land muss die Zahl der internationalen Beobachter deutlich erhöht werden. Russland soll den von der OSZE entsandten 100 Beobachtern vollen Zugang gewähren. ap

■ **Was werden die USA unternehmen?**

Wir konzentrieren uns auf humanitäre Hilfe für Georgien. Bis heute haben wir Soforthilfe im Wert von zehn Millionen Dollar ins Land gebracht: Medikamente, Essen, Zelte. Wir haben bisher 17 Hilfsflüge von Ramstein gestartet. Diese Einsätze gehen weiter, um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern. Um auch Regionen außerhalb von Tiflis zu erreichen, brauchen wir aber endlich eine Waffenruhe.

■ **Russland empfindet gleichzeitig die Stationierung des Raketenschildes in Polen als Provokation.**

Das ist keine Bedrohung für Russland! Zehn Raketen gegen ein Land mit einem riesigen Atomwaffenarsenal? Wir haben mehrfach erklärt, dass sich diese Stationierung gegen Gefahren etwa aus dem Iran und anderen Ländern richtet. Ich verstehe nicht, warum Russland einerseits weitere Sanktionen gegen den Iran blockiert, sich aber andererseits von den Demokratien vor seiner Haustüre bedroht fühlt.

■ **War es ein Fehler, die nächsten Olympischen Spiele Russland zu geben?**

Das war eine Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees. Interview: Christian Deutschländer

MILITÄR-KOOPERATION MIT NATO GESTOPPT

Kreml sucht die Konfrontation

Russland hat die militärische Zusammenarbeit mit der Nato bei gemeinsamen Übungen „bis auf Weiteres“ eingestellt.

„Die Nato hat heute eine offizielle Mitteilung Russlands durch militärische Kanäle erhalten“, sagte eine Sprecherin in Brüssel.

Brüssel/Moskau – Betroffen von der Moskauer Maßnahme seien unter anderem gemeinsame Übungen zur Rettung von Schiffbrüchigen, im Logistikbereich, zur Raketenabwehr und bei der Offiziersausbildung. „Die Nato nimmt das zur Kenntnis“, sagte Sprecherin Carmen Romero.

Damit reagierte Russland auf den Beschluss der Nato-Außenminister vom Dienstag, wonach der Nato-Russland-Rat erst dann wieder einberufen werden soll, wenn Moskau seine Truppen aus Georgien abgezogen hat. Nato-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer hatte erklärt, die Allianz könne „nicht so tun, als sei nichts geschehen, so lange Georgien noch von russischen Truppen besetzt ist“.

Nato-Diplomaten sagten, dass sich das Einfrieren der Zusammenarbeit durch Moskau anscheinend nicht auf weniger sichtbare Aspekte der Zusammenarbeit beziehe: Dabei handele es sich um Kooperation im Bereich der Drogenbekämpfung und des Kampfes gegen den Terrorismus. Der Generalstab in Moskau teilte mit, die Afghanistan-Kooperation mit Brüssel stehe nicht zur Diskussion.

Russlands Außenminister Sergej Lawrow sagte, man wolle die Tür zur Nato nicht „ganz zuwerfen“, da beide aufeinander angewiesen seien. Nach den Worten des russischen Botschafters bei der Nato, Dmitri Rogosin, ist die Lage in Afghanistan von höchstem nationalen Interesse. „Uns käme eine Niederlage der Nato in Afghanistan nicht

gelegen“, sagte Rogosin. Russland will nach Militärangaben sämtliche für 2008 geplanten Veranstaltungen mit der Nato, darunter Manöver, aussetzen. Rogosin sagte, er rechne aber nicht mit einem völligen Abbruch der Kontakte.

Unterdessen hat das russische Militär nach massiven Protesten aus dem Westen nach eigenen Angaben mit einem umfassenden Truppenrückzug aus dem Kerngebiet Georgiens begonnen. Bis heute

Abend würden alle Einheiten auf das Gebiet der von Georgien abtrünnigen Provinz Südossetien zurückgezogen, kündigte Moskau an. Georgiens Präsident Saakaschwili sagte dagegen in Tiflis, von Rückzug könne keine Rede sein. Russische Truppen verlagerten nur ihre Positionen. Innerhalb der georgischen Bevölkerung wuchs der Protest gegen die russischen Soldaten. In mehreren Städten demonstrierten Bürger.

Die USA fordern unverändert eine schnelle Aufnahme Georgiens in die Nato. Außenministerin Rice bekräftigte, dass die Konflikte um die abtrünnigen Regionen kein Hindernis für die Aufnahme Georgiens in die Nato seien. Neben Südossetien verstärkte auch Abchasien seine Unabhängigkeitsbestrebungen. In der Stadt Suchumi forderten 50 000 Demonstranten eine internationale Anerkennung der Unabhängigkeit. mm/ap/dpa



Lebensmittelmangel in den von Bomben und Granaten zerstörten Städten Südossetiens: Hungrig beißt diese Frau in der Hauptstadt Zchinwali in einen frischen Laib Brot. FOTO: DPA

Bundeswehr-Versorgungsflüge über Russland nicht in Gefahr

Die Bundeswehr-Transportflüge durch russischen Luftraum zur Versorgung der Truppen in Afghanistan sind nach Expertenmeinung nicht von der Krise zwischen Moskau und der Nato betroffen. In der gegenwärtigen Konfliktsituation dürfte wohl nur die Zusammenarbeit für den Afghanistan-Einsatz **Bestand haben**, sagte der Politologe Wladimir Jewsejew vom Moskauer Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen.

Vor vier Jahren hatte die Staatsduma in Moskau Deutschland als **einzigem Nato-Mitglied** erlaubt, den russischen Luftraum zur Versorgung seines Truppenkontingents in Afghanistan zu durchqueren. Mehrmals im Monat fliegen Transportmaschinen der Bundeswehr mit Zwischenlandung in Russland zum Stützpunkt Termes **im Süden Usbekistans**. Von Termes werden Soldaten und Nachschub nach Afghanistan geflogen.

US-WAHLKAMPF

Obama/McCain praktisch gleichauf

Washington – Kurz vor den Parteitag von Demokraten und Republikanern in den USA liegen die beiden designierten Kandidaten für die Präsidentschaft, Barack Obama und John McCain, in der Wählergunst praktisch gleichauf. In einer Umfrage kam Obama auf 45 Prozent, McCain auf 42 Prozent. Die Fehlermarge wurde mit drei Prozentpunkten angegeben. Noch vor zwei Wochen lag Obama mit sechs Punkten in Führung. Mit Spannung wird in den USA die Entscheidung der beiden Bewerber über ihren jeweiligen Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten erwartet. ap

CHINA

Rentnerinnen droht Arbeitslager

Peking – Zwei chinesischen Rentnerinnen droht Arbeitslager, weil sie in einer der drei olympischen „Protestzonen“ demonstrieren wollten. Das berichtete die Organisation „Human Rights in China“. Die Stadtverwaltung verhängte ohne Gerichtsverfahren ein Jahr „Umerziehung durch Arbeit“ über die 77 und 79 Jahre alten Frauen. Grund: „Störung der öffentlichen Ordnung“. Die Strafe wurde unter Einschränkung der Persönlichkeitsrechte und Bewegungsfreiheit zunächst aber ausgesetzt. Die Frauen hatten zuvor fünf Mal vergeblich versucht, eine Demonstration anzumelden. dpa

LANDTAG

Kritik an Beraterverträgen

Grüne monieren Vergabe – Auftragswert verdoppelt



Martin Runge, wirtschaftspolitischer Sprecher der Grünen im Landtag

bei der Vergabe“, forderte Runge. Außerdem müssten die Ergebnisse der Gutachten veröffentlicht werden. Die Staatsregierung wies die Kritik zurück. Von „gravierenden Verstößen“ könne keine Rede sein, erklärte Staatskanzleier Eberhard Statter. sha

ISRAEL

Kaum Chancen für Friedensvertrag

Jerusalem – Israel und die Palästinenser haben Hoffnungen auf den Abschluss eines Friedensabkommens bis zum Jahresende erheblich gedämpft. Eine Zeitvorgabe sei wichtig, aber noch wichtiger sei der Inhalt einer Vereinbarung, sagte Israels Außenministerin Liwni. Der palästinensische Verhandlungsführer Kureia erklärte, dass er wegen der schwierigen Verhandlungen sowie der „politischen Krise in Israel“ nicht mehr mit einem Vertrag bis Jahresende rechne. Der Friedensvertrag soll die Kernprobleme des Nahost-Konfliktes wie die Grenzen eines Palästinenserstaates lösen. dpa

EU

Betrugsbekämpfer nach Bulgarien

Brüssel – Der Leiter der EU-Behörde zur Betrugsbekämpfung, Brüner, hat von Bulgarien Ergebnisse im Kampf gegen Korruption und die Vertretung von EU-Steuergebern gefordert. Brüner will sich in Sofia über die Reaktion der Regierung auf die im Juli von der EU-Kommission verhängte Sperrung von Auszahlungen in Höhe von einer halben Milliarde Euro informieren. Zugleich stoppte die EU-Kommission bis auf weiteres die Auszahlung von Agrar-Hilfsgeldern an Rumänien in Höhe von 30 Millionen Euro. Bulgarien und Rumänien waren der EU im Januar 2007 beigetreten. dpa